

Das Rundfunkwesen

Die Wiener Tagung des Weltrundfunkverbandes

Von G. E. Roth, Wien

In der Zeit vom 2. bis zum 12. Februar hat der Weltrundfunkverband seine Halbjahrstagung am Semmering abgehalten. Es war in erster Linie eine Tagung der Techniker und der Juristen, die einen Revisionsentwurf der Washingtoner Konvention beraten haben. Die Bedeutung dieser Revision für die zukünftige Wellenverteilung in Europa ergibt sich aus den bisherigen Versuchen des Weltrundfunkverbandes, eine zufriedenstellende Aufteilung des zur Verfügung stehenden Wellenbandes durchzuführen.

Im April 1925, als sich die vierzehn führenden Rundfunkleute Europas bei der konstituierenden Sitzung des Weltrundfunkverbandes in Genf zusammenfanden, waren die europäischen Wellenlängen von den verschiedenen Postverwaltungen nach lokalen und nationalen Gesichtspunkten besetzt. Das Schlagwort vom „Chaos im Äther“ war schon geprägt und das Nebeneinanderarbeiten der einzelnen Telegrafienverwaltungen drohte die Entwicklung und die Ausbreitung des Rundfunks zu untergraben.

Kaum sechs Jahre sind seither vergangen. Aus einer kleinen Gruppe, die sich unter dem Zwang der unsichersten Verhältnisse zusammengefunden hatte, ist eine Riesenorganisation entstanden, die die Welt umfaßt. Eine Organisation, die die Interessen von 90 Millionen Hörern zu wahren hat, eine Organisation, die für die Senderkontrolle und die Wellenverteilung, für die Fragen des Funkrechtes und den internationalen Programmaustausch verantwortlich zeichnet. In diesen sechs Jahren war nicht nur die Sendeenergie der europäischen Stationen auf das Fünf- und zwanzigfache gestiegen, die Hörerzahl ins Gigantische gewachsen — auch die Arbeit des Verbandes und seines Genfer Zentralbüros hat Schritt halten und sich der Entwicklung anpassen müssen. Eine Unzahl neuer Aufgaben war übernommen und bearbeitet worden, doch gerade das Kernproblem der internationalen Rundfunkorganisation harret auch heute noch der Lösung: die Wellenverteilung, also jene Frage, die der eigentliche Anlaß zur Gründung der Union war, konnte noch immer nicht endgültig und befriedigend geregelt werden.

Ist die Schuld daran der Union beizumessen? Erinnern wir uns, was alles in diesen sechs Jahren unternommen wurde, um den Millionen von Hörern einen Empfang zu bieten, der frei ist von Störungen durch andere Sender.

Einer der ersten Beschlüsse der Union war es, eine Kommission technischer Experten mit der Untersuchung der damaligen Lage zu beauftragen. Der Bericht dieser Kommission, der den ersten Plan einer Verteilung der europäischen Wellenlängen darstellt, wurde zu Beginn des Jahres 1926 angenommen und trat am 14. November 1926 in Kraft. Die Grundzüge dieses Genfer Planes sind viel diskutiert worden. Daß er aber zu jenem Zeitpunkt tatsächlich eine Verminderung der Interferenzstörungen und eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen bewirkte, steht fest. Im

Lauf der voraufgehenden Untersuchungen hatte sich jedoch gezeigt, daß ein Großteil der Störungen auf technischen Unzulänglichkeiten einzelner Sender beruhte. 160 europäische Stationen wurden daher mit eigens konstruierten Wellenmessern versehen, ein ständiger Überwachungsdienst und eine Kontrolle der Wellenlänge auf Distanz eingerichtet.

Im Januar 1927 war in Brüssel auch eine Vereinbarung über die Verwendung der größten Wellenlängen getroffen worden, doch schon zwei Jahre später, im Jahre 1929, mußte der Genfer Plan einer Umarbeitung unterzogen werden, da sich die Senderzahl in unerwarteter Weise vermehrt hatte. Nach dem nunmehrigen „Brüsseler Plan“ wurde der Frequenzunterschied einer Reihe von Sendern mit 9 kHz festgelegt, doch erfolgte die endgültige Beschlussfassung über die neue Wellenverteilung erst drei Monate später in Prag, wo eine europäische Konferenz der Post- und Telegrafienverwaltungen den gesamten Fragenkomplex unter Berücksichtigung der Washingtoner Konvention vom Jahre 1927 behandelte. Mit geringen Änderungen wurde die Brüsseler Wellenverteilung angenommen und am 30. Juni 1929 als „Prager Plan“ in die Praxis eingeführt. Seither hat sich aber auch diese Regelung als unzulänglich und überholt erwiesen, da die unerhörte Steigerung der Hörerzahlen eine weitere Vermehrung der Sender und eine starke Leistungsverstärkung einzelner Stationen mit sich brachte.

Die Schwierigkeiten, die einer neuen Wellenverteilung entgegenstehen, sind unter diesen Umständen recht beträchtlich. Da Gleichwellenrundfunk und Kurzwellensendung nur in sehr beschränktem Maße herangezogen werden können, bleibt als Ausweg bloß eine Vergrößerung des Wellenbereiches, der dem Rundfunk zur Verfügung steht — also eine Änderung der Washingtoner Konvention vom Jahre 1927.

Diese Änderung, die in die vitalsten Interessen des kommerziellen Rundfunkdienstes eingreift, muß aber, bevor sie der Welttelegrafienkonferenz vorgelegt werden kann, in einer Reihe von eingehenden Beratungen durchgesprochen und festgelegt werden. Die Hauptarbeit leistete bereits die aus der juristischen und technischen Kommission des Weltrundfunkverbandes gebildete „Commission mixte“ in ihren Beratungen am Semmering in der ersten Februarwoche. Der dort ausgearbeitete Entwurf zur Revision des Washingtoner Rundfunktelegrafischen Weltabkom-



Links: Prof. Schwaiger, Technischer Direktor der RAVAG, Wien; rechts: Raymond Brailiard, Präsident der Technischen Kommission des Weltrundfunkverbandes



links: A. R. Burrows, Generalsekretär des Weltrundfunkverbandes; rechts: Admiral C. D. Cpendale, Präsident des Weltrundfunkverbandes, Kontrollor der British Broadcasting Corp.



Von links nach rechts: Ministerialrat Heinrich Giesecke, Berlin, Vizepräsident des Weltrundfunkverbandes; Generaldirektor Oskar Czeija (RAVAG, Wien); Baron Tyndall (Niederlande); Sektionsrat Dr. Matz (Vertreter der österr. Postverwaltung)

mens wird in den unmittelbar anschließenden Sitzungen des Direktionsausschusses der Union fertiggestellt. Beabsichtigt ist, daß die Regierungen der einzelnen Staaten den Inhalt dieses Entwurfes in die Vorschläge, die sie der Madrider Konferenz im September 1932 unterbreiten werden, aufnehmen. Die fertiggestellten Vorschläge der Kommission müssen noch auf einer zweiten Tagung untersucht und vom Rat anerkannt werden.

In der Hauptsache sind zwei Abschnitte zu unterscheiden: Vorschläge für eine neuere Verteilung der Wellenlängen und Vorschläge zur Erlassung genauerer technischer Vorschriften und einer besseren Verwendung der durch die moderne Rundfunktechnik gegebenen Möglichkeiten. Es ist selbst-



Links: A. R. Burrows, Generalsekretär des Welt-
rundfunkverbandes; rechts: Ernst Szöts, General-
direktor des ungarischen Rundfunks

verständlich, daß durch das Fehlen älterer Erfahrungen die Wellenverteilung von Washington in vieler Hinsicht nicht vollkommen entsprochen hat, und zwar nicht nur dem Rundfunk! Begreiflich ist aber auch, daß die technischen Vereinbarungen und Vorschriften von Washington einen zu verschwommenen Charakter aufwiesen, um die Entwicklung des Rundfunkwesens vollkommen kontrollieren zu können.

Es ist zu hoffen, daß es der Madrider Konferenz endlich möglich sein wird, sowohl die Wellenverteilung als auch die Formulierung der technischen Vorschriften zweckentsprechender und mit größerer Genauigkeit vorzunehmen und dabei dem neuesten Stand der Rundfunktechnik gerecht zu werden.